

Armee setzt auf fliegende Schützen

TERRORABWEHR red. Während der OSZE-Ministerratskonferenz in Basel Anfang Dezember setzt die Schweizer Armee erstmals bewaffnete Helikopter zur Sicherung des Luftraums ein. Das bestätigte der Chef Einsatz Luftwaffe gegenüber der Sendung «10vor10» des Schweizer Fernsehens. Für die Sicherung des Luftraums über Basel ist während der OSZE-Konferenz die Luftwaffe zuständig. Zur Bekämpfung von langsam fliegenden Flugobjekten werden erstmals Helikopter mit Bordschützen eingesetzt. Die Funktion des Bordschützen wird von Mitgliedern einer Armee-Sondereinheit übernommen. Diese Soldaten sind mit speziellen Präzisionsgewehren ausgerüstet. Den Einsatzbefehl für einen Abschuss muss Verteidigungsminister Ueli Maurer geben.

NACHRICHTEN

Zu wenig Mittel für Entsorgungsfonds

ENERGIE sda. Die AKW-Stilllegungs- und Entsorgungsfonds sind zu wenig stark dotiert. Zudem haben die Betreiber der Kernkraftwerke einen zu grossen Einfluss darauf. Zu diesen Schlüssen kommt die Eidgenössische Finanzkontrolle in einem Bericht. Sie schlägt die Schaffung einer unabhängigen öffentlichen Einrichtung vor. Kämen die AKW-Betreiber ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nach, laufe der Bund Gefahr, Mittel bereitstellen zu müssen.

Weniger Abzüge für Auto-Pendler

ST. GALLEN sda. Pendler aus dem Kanton St. Gallen, die mit dem Auto zur Arbeit fahren, werden künftig bei den Steuern den Zugspendlern gleichgestellt. Der Kantonsrat beschloss gestern gegen den Widerstand der SVP eine Beschränkung des Abzugs auf den Preis eines 2.-Klasse-GA. Dies entspricht ab Mitte Dezember 3655 Franken. Bisher können Pendler, die für den Arbeitsweg auf das Auto angewiesen sind, ihre Fahrkosten unbeschränkt vom steuerbaren Einkommen abziehen. Bei grösseren Distanzen kann dies durchaus 30 000 Franken im Jahr ausmachen. Die SVP drohte damit, das Referendum zu ergreifen.

Tourismus will Steuerbefreiung

MINERALÖL sda. Pistenfahrzeuge sollen teilweise von der Mineralölsteuer befreit werden. Dies sieht eine Gesetzesänderung vor, die der Bundesrat ausgearbeitet hat. Seilbahn- und Tourismusverbände sind aber unzufrieden, weil der Bundesrat schadstoffarme Fahrzeuge bevorzugen will. «Es ist nicht zulässig, den Sinn des Textes zu ändern», sagte der Präsident von Seilbahnen Schweiz (SBS), Dominique de Buman. Die vom Parlament angenommene Motion enthalte die klare Forderung, dass für Fahrzeuge, welche die Strassen nicht benützen, keine Mineralölsteuer für die Strassenfinanzierung bezahlt werden müsse.

Neue Bahnstrecke teilweise eröffnet

TESSIN sda. Nach fünfjähriger Bauzeit ist gestern die Bahnstrecke zwischen Mendrisio und Stabio im Tessin fristgerecht eingeweiht worden. Eigentlich sollte der Eröffnungszug bis Varese in Italien fahren. Doch auf italienischer Seite wird seit zwei Jahren nicht mehr gebaut. Mit einer Eröffnung sei erst Mitte 2017 zu rechnen. «Italien hat uns gegenüber seine Pflicht nicht erfüllt», sagte der Tessiner Staatsrat Claudio Zali (Lega) bei der Eröffnungsfeier.

Verbots-Vollmacht für Bundesrat

TERROR Das Verbot extremistischer Organisationen soll erleichtert werden, fordert die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann. Damit würde die Schweiz unnötigem Druck ausgesetzt, meinen Kritiker.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch

Heute stimmt der Ständerat darüber ab, ob die El-Kaida sowie die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) verboten bleiben sollen. Bisher basierte das Verbot beider Gruppierungen auf Verordnungen des Bundesrats, die zeitlich beschränkt sind. Das El-Kaida-Verbot läuft Ende dieses Jahres aus. Mit einem dringlichen Bundesgesetz soll es zeitlich unbefristet gelten.

Druck aus dem Ausland möglich

Der Gesetzesentwurf gilt als unbestritten und dürfte ohne Probleme durchs Parlament kommen. Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrats will allerdings noch weitergehen: Sie hat im Oktober im Rahmen der anstehenden Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) einen neuen Artikel vorgeschlagen, der den Bundesrat explizit ermächtigt, «mittelbar oder unmittelbar terroristische» oder «gewalttätig-extremistische» Organisationen zu verbieten. Der entsprechende Antrag geht auf die Luzerner CVP-Nationalrätin Ida Glanzmann zurück.

Die Neuerung wäre ein Paradigmenwechsel. Bisher verbietet die Schweiz prinzipiell keine Organisationen. Es gilt der Grundsatz, dass Taten bestraft werden, nicht Mitgliedschaften. Ausnahmen sind – wie im Fall von El-Kaida oder IS – möglich, dazu muss der Bundesrat aber auf Notrecht zurückgreifen.

Diese Praxis habe sich bewährt, findet Daniel Vischer. «Wenn wir den Bundesrat ermächtigen, Organisationen zu verbieten, besteht die Gefahr, dass die Schweiz unter Druck kommt», erklärt der grüne Zürcher Nationalrat gegenüber unserer Zeitung. «Beispielsweise könnte die türkische Regierung plötzlich ein Verbot der PKK fordern.» Das Beispiel ist nicht so weit hergeholt. Tatsächlich hatte die Türkei in der Vergangenheit bereits ein Verbot der kurdischen Organisation von der Schweiz verlangt, wie es in den meisten europäischen Ländern gilt.



Der Bundesrat soll terroristische Organisationen leichter verbieten können. Das Bild zeigt Mitglieder der Terrormiliz IS in der Provinz Ninive im Irak.

AP



«Der Artikel bringt in der Praxis kaum etwas, sondern ist primär symbolischer Art.»

DANIEL JOSITSCH,
NATIONALRAT (SP, ZÜRICH)

Glanzmann hält solche Befürchtungen für ungerechtfertigt. Der Bundesrat solle nicht irgendwelche Organisationen verbieten, sondern lediglich solche, die auf der Sanktionsliste der UNO stünden, erklärt sie auf Anfrage. «Vielleicht müsste man dies im Gesetz noch ergänzen oder in die Verordnung schreiben.»

Wichtig sei, dass eine gesetzliche Grundlage für Verbote geschaffen würde, sodass die Regierung künftig nicht mehr auf Notrecht zurückgreifen müsse, betont Glanzmann. «Notrecht sollte nur im Notfall angewandt werden.»

Bereits heute strafbar

Gemäss dem Vorschlag Glanzmanns soll mit bis zu drei Jahren Gefängnis bestraft werden, wer sich an einer verbotenen Organisation beteiligt oder sie unterstützt. Ob der entsprechende Artikel in der Praxis überhaupt Auswirkungen hätte, ist allerdings fraglich. Denn bereits heute verbietet das Strafgesetzbuch die Beteiligung an kriminellen Organisationen und sieht dafür Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren vor.

Für Daniel Jositsch, SP-Nationalrat und Strafrechtsprofessor an der Uni-

versität Zürich, ist klar: «Der Artikel bringt in der Praxis kaum etwas, sondern ist primär symbolischer Art.»

Unklarer Nutzen

Auf Skepsis stösst der Vorschlag auch bei FDP-Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhoden). «Mir ist nicht ganz klar, welchen Nutzen ein solcher Artikel haben soll», sagt er. Sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit Terrorismus seien schon heute strafbar. «Einen solchen Passus bräuchte es nur, um Leute zu bestrafen, die man sonst für nichts bestrafen kann.»

Personen zu belangen, weil sie eine El-Kaida-Fahne an ihr Fenster hängen, verstosse aber gegen das Recht auf freie Meinungsäusserung, das auch das Recht auf idiotische Meinungen umfasse, sagt Caroni. «Ich frage mich, ob wir nicht überreagieren.»

Die grosse Mehrheit der nationalrätlichen Kommission sah das aber anders. Ida Glanzmann ist zuversichtlich, dass der Antrag auch im Plenum eine Mehrheit finden wird. Der Nationalrat wird sich am 9. Dezember mit dem NDG befassen.

Wo die Energiestrategie den Nationalrat spaltet

UMWELT Atomausstieg, ja oder nein? Darüber befindet ab heute der Nationalrat. FDP und SVP bekämpfen die Energiestrategie, Linke wollen sie schneller umsetzen.

Die Energiestrategie und die Debatte, die das Parlament darüber führen wird, sind rekordverdächtig: Schon die Gesetzesvorlage des Bundesrates umfasst 40 Seiten. Formell sieht diese eine Revision des Energie-, des CO₂-, des Atomgesetzes und weitere Gesetzesänderungen vor. Inhaltlich beantragt der Bundesrat zahlreiche Gebote, Verbote, Förderabgaben, Subventionen und weitere Massnahmen mit dem Ziel, die Energieeffizienz zu steigern und den Umstieg von nuklearer und fossiler auf erneuerbare Energie einzuleiten.

250 Mehr- und Minderheitsanträge

Zu dieser Multi-Vorlage beantragt die Energiekommission (Urek) dem Nationalrat rund 250 Änderungen. Linke und Grüne wollen die Energiewende damit verstärken und beschleunigen. Anträge aus SVP und Freisinn hingegen verfolgen die Absicht, die Energiestrategie des Bundesrates zu verhindern oder zumindest abzuschwächen. Die Mitte-Parteien sorgen bei diesen Anträgen für wechselnde Mehr- und Minderheiten. Damit stellt sich die Frage: Wie viel von

der bundesrätlichen Energiestrategie bleibt übrig, wenn sich alle Mehrheitsanträge der vorberatenden Kommission im Nationalrat durchsetzen? «Etwa 80 Prozent», antwortete der Direktor des federführenden Bundesamtes für Energie, Walter Steinmann, gegenüber unserer Zeitung.

Abstriche punkto Energieeffizienz

Abstriche drohen bei Massnahmen, mit denen der Bundesrat die Energieeffizienz steigern will. So lehnt es die Mehrheit der Energiekommission unter anderem ab, Stromverkäufer zu verpflichten, die Energieeffizienz ihrer Kundschaft zu fördern. Ebenfalls keine Mehrheit fand bei der Urek der Antrag des Bundesrates, die CO₂-Abgabe auf fossilen Brennstoffen von heute 36 auf mindestens 84 Franken zu erhöhen. Damit beugt sie sich dem Druck der Öl- und Stromlobby.

In vielen wesentlichen Punkten hingegen konnte sich der Bundesrat durchsetzen. So unterstützt die Mehrheit der Kommission unter anderem die Vorschriften, die den Energieverbrauch von neuen Geräten und Anlagen oder den CO₂-Ausstoss von neuen Autos begrenzen. Zusätzlich verlangt die Urek auch nationale Mindestanforderungen für Heizungen. Die Fördermassnahmen für erneuerbare Energie werden von der Urek-Mehrheit ebenfalls ohne wesentliche Änderungen mitgetragen.

Auch das Verbot von neuen Atomkraftwerken, welches das Parlament schon früher beschlossen hatte, fand in

der Urek erneut eine Mehrheit. Gleichzeitig lehnen es Bundesrat und Urek-Mehrheit weiterhin ab, die Laufzeit von alten Atomkraftwerken zu begrenzen. Das viel diskutierte «Langzeitbetriebskonzept», das die Mehrheit der Urek neu beantragt, verändert zwar die Bewilligungspraxis, bringt aber ebenfalls keine Altersgrenze für alte AKW. Darum werden die Grünen ihre «Ausstiegsinitiative» kaum zurückziehen; diese erlaubt für die bestehenden AKW in der Schweiz maximal 45 Jahre Laufzeit.

20-stündige Debatte eingeplant

Für die Debatte und Beschlussfassung zur neuen Energiestrategie hat allein der Nationalrat in der kommenden Wintersession 20 Stunden Zeit eingeplant. Danach wird der Ständerat darüber streiten. Falls die bereinigte Strategie im Parlament eine Mehrheit findet und das fakultative Referendum gegen Teile der Vorlage ergriffen wird, entscheidet zuletzt das Volk darüber. Selbst nach dem optimistischen Fahrplan des Bundes kann die Vorlage zur Energiewende frühestens 2017 in Kraft treten.

Einige der 250 Mehr- und Minderheitsanträge wirken sich nur sprachkosmetisch aus. Beispiel: Während der Bundesrat «Ziele» für den Energieverbrauch und die Stromproduktion aus erneuerbarer Energie festlegte, machte die Energiekommission daraus «Richtwerte». Oder sie ersetzte die bundesrätliche Formulierung «rationell» durchgehend durch «effizient». Bei andern Anträgen und Gegenanträgen hingegen

geht es um Sein oder Rückweisung der neuen Strategie oder um die Frage, ob die Schweizer Energiepolitik konsequent oder nur halbhatzig gewendet wird.

HANSPETER GUGGENBÜHL
schweiz@luzernerzeitung.ch

ANZEIGE

Absurd und schädlich.

Die extreme Ecopop-Initiative schießt weit übers Ziel hinaus. So starre Quoten legen die Schweiz lahm.

ECOPOP NEIN!

www.ecopopnein.ch